

Wahlprüfsteine Lokale Agenda 21

1. Seit den 1980er Jahren gibt es eine Pfandpflicht auf städtischen Festen und Veranstaltungen im städtischen Raum, die jedoch – auch aufgrund mangelnder Kontrollen – immer öfter nicht beachtet wird. Wir GRÜNE wollen diese Mehrwegpflicht in städtischer Verantwortung wieder stärker durchsetzen. Private Unternehmen wollen wir motivieren, ebenfalls auf Mehrwegsysteme (z.B. Kaffee to go-Becher) zu setzen. Die Stadt soll mit einer geeigneten Kampagne dafür werben, Pfandflaschen so neben Müllbehältern abzustellen, dass sie von Suchenden leicht gefunden und in den Mehrwegkreislauf zurückgeführt werden können („Pfand gehört daneben“).

Gemeinsam mit dem lokalen Handel wollen wir Lebensmittelverschwendung vermeiden. Wir unterstützen lokale food-sharing Initiativen in Form von durch die Stadt bereitgestellten „Fair-Teilern“, also öffentlichen Kühlschränken und Schränken für Lebensmittel. Wir setzen uns dafür ein, dass das sogenannte „Containern“ konsequenzfrei bleibt.

2. Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit und werden uns auch in Zukunft für eine nachhaltige Beschaffung und Vergabe einsetzen. Gesetze haben sich in diese Richtung geändert, so dass eine Lebenszeitbetrachtung von Beschaffungen möglich wird. Wir setzen auf Langlebigkeit vor Preis.

3. Alle Dienstleistungen sollen und werden weitgehend auch heute unter diesen Vergabe- und Beschaffungskriterien ausgeschrieben. Die GRÜNEN setzen sich dauerhaft für die Einhaltung dieser Kriterien und den Ausbau ökologischer und sozialer Kriterien innerhalb des Vergaberechts ein.

4. Die Bausteine, städtischen Engagements und der zahlreichen lokalen Akteure wie dem Weltladen, Cafés und Restaurants und Läden wie die Unverpackt, muss prominenter auf der Homepage der Stadt verankert sein. Immer mehr Menschen setzen in der Gestaltung ihres Alltags auf fair gehandelte Produkte und auf faire Dienstleistungen. Wir sind froh, dass es gelungen ist, dass die Stadt Mainz sich auf Antrag der GRÜNEN in den Prozess Fairtrade Town begeben hat und zertifiziert werden konnte.

5. Mit dem Umweltbildungszentrum hat die Stadt Mainz eine tolle Anlaufstelle zur Umweltbildung geschaffen. Dazu gilt es in Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteuren das Bewusstsein für nachhaltiges Bauen, Leben und Wirtschaften in der Bevölkerung zu verankern.

6. Wir GRÜNE stehen für eine dezentrale Versorgung in den Stadtteilen, deshalb wollen wir das Zentrenkonzept stärken. Die GRÜNEN stehen hinter dem Mehrweggebot für Feste in Mainz und wollen eine Ausweitung. Dezent-

rale Frischkuchen Modelle für Kitas und Schulen. Dank der Zusammenarbeit mit der gpe ist es Standard, dass die städtischen Kantinen täglich auch fleischfreie Küche anbietet.

7. Über den städtischen Katalogeinkauf ist heute eigentlich faire Beschaffung innerhalb der Verwaltung gewährleistet, hier gilt es das Niveau zu halten, oder sogar auszubauen. Siehe Antwort zu 4.

8. Wo GRÜNE Verantwortung tragen, wurden viele Planungen erfolgreich mit vorbildlichen Beteiligungsverfahren und mit guten Ergebnissen umgesetzt, wie beispielsweise beim Bau der Mainzelbahn oder der Umgestaltung der Neustadtplätze. Auch bei der Erneuerung der Großen Langgasse zeigt sich, wie eine fundierte fachliche Planung zusammen mit einem intensiven Beteiligungsprozess zu guten Ergebnissen mit einer starken Akzeptanz führen kann.

Auf der Landesebene haben wir GRÜNE erreicht, dass mit der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ gute Grundlagen für bessere Beteiligungsverfahren auch auf kommunaler Ebene erarbeitet wurden. Wir haben darauf gedrungen, dass der Stadtrat nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die ein Beteiligungskonzept für die Stadt Mainz erarbeiten soll.

Die Möglichkeit von Einwohnerentscheiden ist wichtig als Korrektiv. Wir GRÜNE haben uns auf Landesebene erfolgreich dafür eingesetzt, die Hürden dafür abzusenken. Gleichzeitig stehen wir dazu, dass der Rat auch bei umstrittenen Vorhaben wie der Rathaussanierung in der Lage sein muss, Entscheidungen zu treffen, statt Einwohnerentscheide „von oben“ auszurufen und sich dadurch aus seiner Verantwortung zu ziehen.

Die Abstimmung über den Bibelturm hat gezeigt, dass es nicht ausreicht, ein Vorhaben geräuschlos durch die Gremien zu bringen und erst dann der Öffentlichkeit erklären zu wollen, wenn der Rat die Umsetzung beschlossen hat. Wir setzen auf gute Beteiligungsverfahren im Vorfeld von Ratsentscheidungen, weil sie helfen, die erreichbare oder fehlende Akzeptanz von Vorhaben frühzeitig zu erkennen und die Planungsergebnisse so entwickeln, dass sie nicht durch Einwohnerentscheide verworfen werden. Die Beteiligung soll durchgeführt werden, noch bevor die Stadt zu bedeutenden Vorhaben Gestaltungswettbewerbe ausruft und dabei Vorgaben macht, nach denen sich die eingereichten Entwürfe zu richten haben.

Wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass die Beteiligung der Ortsbeiräte nicht zur Alibiveranstaltung verkommt. Wir haben erreicht, dass die Ortsbeiräte sich mit stadtteilbezogenen Anliegen in einem eigenen Tagesordnungspunkt direkt an den Stadtrat wenden können. Wir werden weiterhin streng darauf achten,

dass stadtteilbezogene Entscheidungen nur dann getroffen werden, wenn die zuständigen Ortsbeiräte die Möglichkeit hatten, sich damit zu befassen.

Auf Landesebene haben wir den Grundsatz der Öffentlichkeit kommunaler Ausschüsse in der Gemeindeordnung festgeschrieben. Mit dem Ratsinformationssystem wurde ein transparentes Bürger*inneninformationssystem eingeführt: Sitzungstermine kommunaler Gremien, Tagesordnungen und Beschlussvorlagen sind so für alle interessierten Bürger*innen online verfügbar. Wir GRÜNE werden uns weiter dafür einsetzen, Informationsgrundlagen für demokratische Beteiligung zu erweitern. Daher wollen wir eine Veröffentlichung sämtlicher städtischer Daten auf der Transparenzplattform des Landes vorantreiben, soweit dies mit dem Schutz persönlicher Daten vereinbar ist.

9. Eine große Chance bieten hier die Akteure der Zivilgesellschaft, die offen für Menschen jeden Alters sich in ihren Interessensgebieten einbringen können. Hier kann auch die Lokale Agenda 21 eine große Rolle spielen.

10. Rückgrat der Mainzer Wirtschaft sind die kleinen und mittelständischen Betriebe. Sie stellen einen Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze, sie besitzen eine höhere Standortbindung als Großbetriebe und tragen so dazu bei, die Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene zu sichern. Wir wollen unsere regionale Wirtschaft fördern, um Arbeitsplätze in der Region zu sichern und neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Der tägliche Einkauf in der Innenstadt und den Stadtteilen muss fußläufig möglich bleiben. Trotz der Herausforderungen des Internethandels wollen wir dafür sorgen, dass sowohl der Einzelhandel in der Innenstadt als auch die Nahversorgung in den Stadtteilen gewährleistet ist. Das Zentrenkonzept hat sich hierfür bewährt. Wir GRÜNE lehnen entschieden das Vorhaben anderer Parteien ab, das Zentrenkonzept abzuschaffen oder abzuschwächen.

Bei Lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekten (LEAP) tun sich Immobilienbesitzer*innen, das ansässige Gewerbe und der Einzelhandel zusammen, um die Vermarktung und Optimierung der Gestaltung des Geschäftsviertels gemeinsam voranzubringen. Damit kann bürgerschaftliches Engagement gestärkt, die Attraktivität von Quartieren gesteigert und der Einzelhandel unterstützt werden. Gemeinsam mit der örtlichen Initiative und dem Land wollen wir ein erstes LEAP in Mainz im Bereich Neubrunnenplatz/Große Bleiche realisieren. In Abstimmung mit den Bürger*innen und dem Einzelhandel wollen wir Vorschläge für weitere Aufwertungsquartiere erarbeiten und realisieren.

Der Mainzer Wochenmarkt hat eine hohe Attraktivität mit Strahlkraft weit in die Region. Der Wochenmarkt dient der Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln, oft direkt durch regionale Erzeuger. Er ist ein beliebter

Kommunikationstreffpunkt und Anziehungsmagnet für Besucher*innen der Innenstadt. Wir wollen den Mainzer Wochenmarkt und die Märkte in den Stadtteilen unterstützen und dafür werben, dass verstärkt ökologisch angebaute Produkte angeboten werden.

11. Wir wollen für jede neue Versiegelung einen Ausgleich schaffen. Durch eine Änderung des Flächennutzungsplans wollen wir wertvolle Biotop besser schützen und eine stärkere Beachtung der Natur in den Bebauungsplänen festlegen. Wir wollen mehr Grün mit einer Novellierung der Grünsatzung sicherstellen: Mehr Dach- und Fassadenbegrünung, den Trend hin zu immer mehr Schotter- und Kiesgärten unterbinden und mehr Schutz von Bäumen und Gehölzen. Die Stadt Mainz muss hier als Vorbild agieren und die Möglichkeiten zum Einsatz von Dach- und Fassadenbegrünung ausschöpfen. So wollen wir gemeinsam mit der für Parkraumbewirtschaftung zuständigen Tochtergesellschaft der Mainzer Aufbaugesellschaft erreichen, dass die Fassaden der Parkhäuser in der Mainzer Innenstadt begrünt werden. Wir schätzen das bürgerschaftliche Engagement, mit dem engagierte Anwohner*innen sich unter anderem der Pflege von Baumscheiben widmen. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen. Wir wollen die Möglichkeiten ausschöpfen, durch Ersatz an bisherigen sowie an neuen Standorten zusätzliche Bäume im Stadtgebiet zu pflanzen. Dabei sollen auch die Bürger*innen einbezogen und motiviert werden, in ihren privaten Gärten Bäume zu pflanzen.

Das vom Menschen verursachte Verschwinden ganzer Arten und der Rückgang beispielsweise der Insekten- und Vogelpopulationen müssen aufhören. Wir GRÜNE wollen dazu beitragen, den weiteren Artenverlust zu verhindern, indem wir sensibel mit städtischen Flächen umgehen, sowohl hinsichtlich der Bebauung als auch der landwirtschaftlichen Nutzung. Dazu soll die derzeit in Erarbeitung befindliche Biodiversitätsstrategie schnellstmöglich beschlossen und konsequent umgesetzt werden. Auf verpachteten Flächen soll künftig der Einsatz von chemischen Mitteln wie Glyphosat nicht mehr möglich sein. An öffentlichen Gebäuden müssen Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter angebracht werden. Sogenannte „Eh da-Flächen“ (z.B. Grünstreifen, Mittelinseln etc.) sollen als Blühstreifen angelegt werden und somit zahlreichen Insekten zusätzlichen Lebensraum bieten.

Die Naturschutzflächen müssen die Chance bekommen, ungestörte Rückzugsorte für die Natur zu sein. Die Ausweisung des neuen Naturschutzgebiets Layenhof/Ober-Olmer-Wald ist ein großer Erfolg für uns GRÜNE. Für das Mombacher Rheinufer, den Mainzer Sand, das Laubenheimer Ried, den Layenhof und weitere geschützte Gebiete werden wir alle notwendigen Schritte einleiten, um diese wertvollen Biotop in einem guten Zustand zu erhalten.

12. Hitze, Dürre und der Wassermangel im Rhein haben im vergangenen Sommer gezeigt, dass der Klimawandel unsere Lebenswelt erreicht hat. Das bedeutet, dass wir neben weiteren Anstrengungen für einen wirksamen Klimaschutz auch die Aufgabe bewältigen müssen, uns an den fortschreitenden Klimawandel anzupassen. Dazu gehören beispielsweise Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz oder zum Schutz vor Hochwasser und Starkregenereignissen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Frischluftschneisen, mit denen kühlere Luft in die Mainzer Innenstadt gelangen kann. Diese Frischluftschneisen dürfen nicht durch weitere Bauwerke, wie im Wiesbadener „Baufeld Ost“ geplant, beeinträchtigt werden.

13. Wir wollen mehr Grün mit einer Novellierung der Grünsatzung sicherstellen: Mehr Dach- und Fassadenbegrünung, den Trend hin zu immer mehr Schotter- und Kiesgärten unterbinden und mehr Schutz von Bäumen und Gehölzen. Die Stadt Mainz muss hier als Vorbild agieren und die Möglichkeiten zum Einsatz von Dach- und Fassadenbegrünung ausschöpfen. So wollen wir gemeinsam mit der für Parkraumbewirtschaftung zuständigen Tochtergesellschaft der Mainzer Aufbaugesellschaft erreichen, dass die Fassaden der Parkhäuser in der Mainzer Innenstadt begrünt werden.

14. Die bestehenden Grünanlagen haben eine Aufwertung erfahren: Mit der Sanierung des Rosengartens wurde eine erste Grünfläche entsprechend den Regeln des Denkmalschutzes saniert. Derzeit werden die Wallanlagen restauriert. Aber auch für die Natur wurden viele Flächen aufgewertet: Die Bewirtschaftung erfolgt ohne chemische Mittel, Wiesen werden naturnäher gestaltet und Lebensräume für Tiere auch in den Grünanlagen geschaffen. Wir GRÜNE wollen dieses Sanierungskonzept kontinuierlich fortsetzen, um den Menschen attraktive Naherholungs- und Spielflächen anzubieten und gleichzeitig auch Raum für die biologische Vielfalt in unserer Stadt vorzuhalten. Das Sanierungskonzept für die Zitadelle verdeutlicht, wie die Verbindung von Denkmalschutz, Naherholung und Raum für eine ungestörte Entwicklung der Natur gelingen kann.

Die Grünanlagen in Mainz haben seit Beginn der Amtszeit unserer grünen Umweltdezernentin eine Aufwertung erfahren. Wir wollen die Sanierung der Grünflächen fortsetzen, um den Menschen attraktive Naherholungs- und Spielflächen anzubieten und gleichzeitig auch der biologischen Vielfalt in unserer Stadt Raum zu geben. Bei Neubaugebieten streben wir 12 qm je Einwohner*in für Grünanlagen wie Quartiersplätze, Rasenflächen und Spielplätze an. Das Sanierungskonzept für die Zitadelle hat gezeigt, wie der Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche zum Schutz wertvoller Naturräume für die Naherholung, die kulturelle Nutzung (Open Ohr, Summer in the City) und für den Denkmalschutz gelingen kann.

Gerade in Zeiten des Klimawandels gewinnen attraktive Aufenthaltsmöglichkeiten mit frei zugänglichen Rasenflächen und Schatten spendenden Bäumen an Bedeutung. Der Erhalt der städtischen Wasserspielplätze hat für uns GRÜNE auch in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung. Verweilmöglichkeiten am Wasser – am Rheinufer und an den innerstädtischen Hafenbecken – wollen wir sichern und zunehmend attraktiver entwickeln. Ein zentrales Vorhaben zur Aufwertung der öffentlichen Räume ist die fortschreitende Umgestaltung des Rheinufers. Wir GRÜNE unterstützen die Aktualisierung des Masterplans Rheinufer und wollen eine schrittweise Umsetzung ermöglichen. Wir wollen erreichen, dass an geeigneten innerstädtischen Standorten und an zentralen Orten in den Stadtteilen Trinkwasserspender errichtet werden. Der barrierefreie Zugang zu Trinkwasser ist für uns ein integraler Bestandteil der Wasserversorgung, den wir durch eine entsprechende Vereinbarung mit den Versorgungsunternehmen sicherstellen möchten.

Durch die Mobilitätswende entstehen auch zusätzliche Möglichkeiten für attraktivere öffentliche Räume. Durch den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und die Stärkung des Fuß- und Radverkehrs werden Flächen frei, die dann nicht mehr im bisherigen Umfang als Fahrbahnen und Abstellplätze für Autos benötigt werden. Es entstehen beispielsweise durch die Umgestaltung der Großen Langgasse innerstädtische Wege und Orte, die zum Flanieren und Verweilen einladen. Die Hektik nimmt ab und die Attraktivität der Innenstadt nimmt zu. Ziel grüner Politik ist eine Stadt, deren Gestaltung sich an der Gesamtheit der Lebensbedürfnisse der Menschen orientiert, statt den Verkehrsfluss der Autos und entsprechende Abstellmöglichkeiten zum alleinigen Maßstab zu machen.

15. Das vom Menschen verursachte Verschwinden ganzer Arten und der Rückgang beispielsweise der Insekten- und Vogelpopulationen müssen aufhören. Wir GRÜNE wollen dazu beitragen, den weiteren Artenverlust zu verhindern, indem wir sensibel mit städtischen Flächen umgehen, sowohl hinsichtlich der Bebauung als auch der landwirtschaftlichen Nutzung. Dazu soll die derzeit in Erarbeitung befindliche Biodiversitätsstrategie schnellstmöglich beschlossen und konsequent umgesetzt werden. Auf verpachteten Flächen soll künftig der Einsatz von chemischen Mitteln wie Glyphosat nicht mehr möglich sein. An öffentlichen Gebäuden müssen Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter angebracht werden. Sogenannte „Eh da-Flächen“ (z.B. Grünstreifen, Mittelinseln etc.) sollen als Blühstreifen angelegt werden und somit zahlreichen Insekten zusätzlichen Lebensraum bieten.

Die Naturschutzflächen müssen die Chance bekommen, ungestörte Rückzugsorte für die Natur zu sein. Die Ausweisung des neuen Naturschutzgebiets Layenhof/Ober-Olmer-Wald ist ein großer Erfolg für uns GRÜNE. Für das Mom-

bacher Rheinufer, den Mainzer Sand, das Laubenheimer Ried, den Layenhof und weitere geschützte Gebiete werden wir alle notwendigen Schritte einleiten, um diese wertvollen Biotope in einem guten Zustand zu erhalten.

16. Siehe Fragen 11-15

17. Mainz liegt weniger als 20 Kilometer vom Frankfurter Flughafen entfernt. Durch den Bau der neuen Nordwestbahn hat die Lärmbelastung im Stadtgebiet weiter zugenommen. Der angebliche Bedarf, der den Ausbau des Flughafens begründen sollte, hat sich nicht realisiert. Dieser Bedarf soll nun durch eine gezielte Anwerbung von Billigflügen im verschärften Wettbewerb mit anderen Flughäfen ohne Rücksicht auf die Belastungen in der Region künstlich geschaffen werden. Der Flughafen liegt in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Europas. Der Flugverkehr hat die Grenzen einer verträglichen Ausweitung längst hinter sich gelassen.

Wir GRÜNE haben uns gemeinsam mit den Bürgerinitiativen gegen den Bau der Nordwest-Landebahn und des Terminal 3 eingesetzt. Leider sind die juristischen Schritte gegen den Ausbau erfolglos geblieben. Eine wirkliche Verbesserung kann nur durch eine Änderung der Bundesgesetze erreicht werden. Im Fluglärmschutzgesetz und Luftverkehrsgesetz muss dem Lärmschutz Vorrang eingeräumt werden.

Wir GRÜNE setzen uns auf allen politischen Ebenen für ein erweitertes, absolutes Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr ein. Das bestehende Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr muss konsequent eingehalten werden. Die Start- und Landegebühren müssen stärker an die Lärmbelastung gekoppelt werden. Wir setzen uns für die Einführung einer Kerosinsteuer ein, um die Bevorzugung des Flugverkehrs gegenüber anderen Verkehrsmitteln zu beenden.

Wir GRÜNE stehen dafür, dass auf dem Flugplatz Finthen die vertraglich vereinbarten Regelungen, wie die Obergrenzen für zulässige Flugbewegungen, eingehalten werden. Ein Aufweichen der Vereinbarung und eine Erhöhung der Flugbewegungen lehnen wir ab.

18. Durch die Ausweitung von Park & Ride-Angeboten im Stadtgebiet und in Kooperation mit den Umlandgemeinden wollen wir eine Entlastung des innerstädtischen Straßennetzes erreichen. Wir wollen keine weitere Rheinbrücke in Mainz, die zusätzlichen Autoverkehr in die Innenstadt ziehen würde und für die kein geeigneter Standort im Stadtgebiet vorhanden ist.

19. Wir fordern das rheinhessische Umland auf, den ÖPNV attraktiv zu entwickeln und insbesondere in den Schienenpersonenverkehr zu investieren. Im Ergebnis sollen deutlich weniger Kraftfahrzeuge aus dem Umland das Stra-

Bennetz im Stadtgebiet belasten. Attraktive Möglichkeiten zum Einpendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln können zudem dazu beitragen, dem zunehmenden Druck auf den Wohnungsmarkt in Mainz zu begegnen. Mit einer günstigen regionalen Preisstruktur wollen wir erreichen, dass das Pendeln mit dem ÖPNV beispielsweise zwischen Mainz und Budenheim oder Nieder-Olm nicht mehr teurer ist als die Verbindungen zwischen Mainz und den Wiesbadener Vororten. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für leistungsfähigere Schienenverbindungen zwischen Mainz und Rheinhessen sowie Frankfurt und der Rhein-Main-Region ein. Dafür ist ein neuer Bahnhaltepunkt Schott ein zentraler Baustein. Wir erwarten, dass der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) die Verbindungen nach Frankfurt und ins Rhein-Main-Gebiet verbessert, um für Pendelnde bessere Alternativen anzubieten.

Ein ÖPNV, der immer größere Leistungen in Mainz und für die Region erbringen und preislich attraktiv sein soll, kann mittel- und langfristig nicht mehr mit einer gedeckelten Quersubventionierung durch die Stadtwerke und ohne zusätzliche öffentliche Mittel betrieben werden. Durch die Erschließung zusätzlicher öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten wollen wir erreichen, dass sowohl die Kapazität ausgebaut wird als auch die preisliche Attraktivität des ÖPNV im Verhältnis zur Fahrt mit dem PKW steigt. Damit wollen wir den Anreiz zum Umsteigen verstärken.

20. Wir GRÜNE stehen global und vor Ort für eine Mobilitätswende, die die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs entsprechend den Beschlüssen des Pariser Abkommens auf nahezu Null bringt und damit dem Klimaschutz eine Chance gibt. Für die Erreichung unserer ökologischen Zielsetzungen kommt es entscheidend auf eine verträgliche Mobilität an. Nur so können wir den erforderlichen Beitrag zur Senkung klimaschädlicher Emissionen leisten und Belastungen für die Bevölkerung durch Schadstoffe und Lärm wirksam reduzieren. Auch die unmittelbar giftigen Emissionen des Autoverkehrs wie Stickoxide und Feinstäube, die nach Expertenschätzung allein in Deutschland jedes Jahr für mehrere tausend Todesfälle ursächlich sind, müssen reduziert werden. Die seit Jahren geltenden Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit werden in Mainz wie in anderen Städten noch nicht flächendeckend eingehalten. Mögliche Fahrverbote setzen bei den Auswirkungen der Probleme und nicht bei den Ursachen an.

Grüne Verkehrspolitik zielt auf eine verträgliche Mobilität und nicht auf Verbote. Deshalb arbeiten wir an besseren Voraussetzungen für Menschen, die zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Wir unterstützen auch den Umstieg auf einen emissionsarmen und emissionsfreien Automobilverkehr und werden die Verkehrssicherheit zum Schutz vor Unfällen weiter erhöhen.

Wir GRÜNE stehen für faire Nutzungsmöglichkeiten des nur begrenzt vorhandenen Verkehrsraums durch die unterschiedlichen Verkehrsmittel. Wir geben den Nutzer*innen des ÖPNV, des Fahrrads und den zu Fuß gehenden Menschen die Aufmerksamkeit, die jahrzehntelang dem Autoverkehr vorbehalten war. Die Möglichkeiten der digitalen Verkehrsunterstützung bei der Steuerung von Ampeln müssen gleichermaßen für die Verflüssigung von Fuß-, Rad- und Autoverkehr genutzt werden, wobei der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) weiterhin Vorrang hat.

21. Um den heutigen Anforderungen an eine Radverkehrsinfrastruktur gerecht zu werden, hat das Verkehrsdezernat das gesamte Netz auf den Prüfstand genommen. Die ersten Resultate sind sichtbar und haben zum Aufschwung des Radverkehrs in Mainz beigetragen. Viele der in früheren Jahrzehnten errichteten Radwege in Mainz sind weder sicher noch zum zügigen Fahren geeignet. Selten bieten sie Platz zum Überholen, an vielen Stellen weisen sie gefährliche Kreuzungspunkte mit dem Autoverkehr auf und für die immer zahlreicheren Lastenräder oder Fahrradanhänger waren sie nie konzipiert. Daher entsprechen sie meist auch nicht mehr den aktuellen Richtlinien für Radverkehrsanlagen. Zu den Infrastrukturmaßnahmen gehört die Einrichtung von Fahrradspuren, auf denen Radfahrer*innen gut und möglichst sicher fahren. Diese sind abhängig von baulichen Gegebenheiten und Verkehrsaufkommen als getrennte breite Radwege, als Radfahrstreifen oder Schutzstreifen auf der Fahrbahn zu führen. An geeigneten Stellen wollen wir die weitere Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung zulassen und dort, wo es möglich ist, Radschnellwege auch für Pendler*innen errichten sowie im Gegenzug die alten, unsicheren Bürgersteigradwege verringern. Bei allen Maßnahmen ist für die sichere Gestaltung von Kreuzungen, Einmündungen und Grundstückszufahrten zu sorgen und darauf zu achten, dass Radwege so breit sind, dass sicheres Überholen für alle Radfahrer*innen möglich ist. Auch Lastenräder müssen an Rädern mit Kinderanhängern sicher vorbeikommen können.

Noch immer hat der Radverkehr in Mainz seinen Schwerpunkt in den Wegen bis vier Kilometer Länge und schöpft damit die Möglichkeiten bei weitem nicht aus. Es ist ein Erfolg grüner Verkehrspolitik, dass für längere Strecken Stadtteilradrouten entwickelt wurden. Insbesondere auf diesen Routen werden in der Umsetzung Schutzstreifen oder Radfahrstreifen eingerichtet und auf den Verkehr reagierende Kontaktschwellen vor Ampeln so installiert, dass sie auch auf Fahrräder ansprechen. Der Rhein-Radweg ist ein wichtiger länderübergreifender Teil des europäischen Fernradwegenetzes und der Streckenabschnitt in Mainz ist auch für den innerstädtischen und regionalen Radverkehr von großer Bedeutung. Wir wollen diese Radroute entlang des Rheins

weiter aufwerten und auch bei Festen in einem geeigneten Korridor oder mit einer guten Umleitungsregelung durchgängig halten.

Wir GRÜNE haben erreicht, dass die Stelle der Radfahrbeauftragten erhalten werden konnte. Weil der Verkehrsbedarf der Mainzer Bürger*innen wie auch die Realisierung der verpflichtenden Ziele der Mobilitätswende eine Neuplanung und Neugestaltung der Radverkehrsinfrastruktur erfordern, werden wir GRÜNE die personellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Vorhaben geplant und umgesetzt werden können. Die Finanzausstattung für die Radverkehrsentwicklung soll sich an den Bedarfsschätzungen des Radverkehrsplans der Bundesregierung orientieren.

Mit den Möglichkeiten der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik wollen wir dazu beitragen, den vorhandenen city- und ortsteilorientierten Fahrradwerkstattservice zu erhalten und auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, mit einem verbesserten Zentrenkonzept wohnortnahe Servicestrukturen zu stärken, statt diese durch Ansiedlungen „auf der grünen Wiese“ unrentabel zu machen. Wir unterstützen, wenn Repair- und Selbsthilfeinitiativen zusätzliche Angebote organisieren.

22. Siehe 21.

23. Damit die aufkommende private E-Mobilität in Mainz funktioniert, unterstützt die Stadt den Aufbau einer entsprechenden Ladeinfrastruktur. Ebenfalls mit städtischer Unterstützung hat eine engagierte Bürgergenossenschaft ein E-Car-Sharing-Angebot entwickelt, das regenerativ erzeugten Strom einsetzt. Die Mainzer Mobilität zeigt mit dem Einsatz von Wasserstoff-Bussen, dass auch bei schweren Fahrzeugen schadstofffreie Mobilität möglich ist. Die Stadtwerke haben in Hechtsheim eine weltweit beachtete Pilotanlage zur Wasserstoffgewinnung mit dem Einsatz von Solar- und Windenergie errichtet. Wir GRÜNE setzen uns für eine Kapazitätserweiterung der bestehenden Anlage sowie Errichtung einer öffentlichen Wasserstoff-Tankstelle ein. Wir werben für die Nutzung von Brennstoffzellenfahrzeugen im privaten, kommunalen und gewerblichen Bereich.

24. Siehe 23.

25. Zurzeit produzieren sechs Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 6,4 MW im Mainzer Stadtgebiet Strom. Wir wollen die Potenziale für zusätzliche Windenergieanlagen im Stadtgebiet ausschöpfen, indem auf den hierfür im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen zusätzliche Anlagen errichtet werden.

Die Stadt Mainz muss als Vorbild agieren und die Möglichkeiten zum Einsatz erneuerbarer Energien ausschöpfen. Unser Ziel ist die klimaneutrale Stadtver-

waltung. Den Energiebedarf kommunaler Einrichtungen wollen wir weiterhin durch Bezug von Ökostrom klimaneutral gestalten und bei künftigen Ausschreibungen den Umstieg auf den klimaneutralen Einsatz von Ökogas erreichen. Die Straßenbeleuchtung stellen wir konsequent auf LEDs mit geringer Lichtemission um, so spart Mainz Energie und trägt gleichzeitig zum Artenschutz bei. Geeignete Dachflächen auf kommunalen Liegenschaften werden wir der Nutzung durch Solaranlagen zugänglich machen. Hierzu sollen die Dächer an Bürgerenergie-Genossenschaften verpachtet werden. Kommunale Gebäude müssen sparsamer mit Energie umgehen. Hierzu wollen wir für neu errichtete kommunale Gebäuden den Passivhaus-Standard verpflichtend vorgeben. Wenn kommunale Gebäude renoviert oder saniert werden, soll der Passivhaus-Standard angestrebt werden. Auch bei Bestandsgebäuden wollen wir die Potenziale der Solarthermie bei der Warmwasserbereitung stärker nutzen, um Strom, Gas und Öl zu sparen und somit die CO₂-Emissionen deutlich zu senken.

Mainz hat schon heute einen hohen Anteil an Fernwärmenutzung. Diesen möchten wir sichern und ausbauen. Auch Bereiche, die derzeit noch nicht durch Fernwärme erschlossen sind, sollen künftig von dieser effizienten und nachhaltigen Art der Wärmeerzeugung profitieren. Hierzu möchten wir das Leitungsnetz ausbauen. Außerdem wollen wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass der Anteil erneuerbarer Wärme im Fernwärmenetz sukzessive erhöht wird. Vom Stadtzentrum entfernt liegende Gebiete, deren Wärmebedarf und Wärmedichte hoch genug sind, wollen wir über Nahwärmenetze auf Basis von erneuerbaren Energien erschließen. So können Solarthermieanlagen in Kombination mit Blockheizkraftwerken (BHKW) die Wärmeerzeugung sicherstellen.

26. Photovoltaik-Anlagen erzeugen dort Strom, wo dieser vor Ort verbraucht werden kann. Diese dezentrale Stromerzeugung entlastet das öffentliche Stromnetz. Unser Ziel ist es, den Ausbau dieser klimafreundlichen Energieerzeugung zu fördern.

Mit einer Solarsatzung wollen wir erreichen, dass auf jedem neu gebauten oder geplanten Gebäude eine Solaranlage errichtet wird, sofern dies wirtschaftlich ist. Für Bestandsgebäude wollen wir mit einem kostenfreien Beratungsangebot einen wirksamen Anreiz zur Errichtung einer Solaranlage geben.

Auch Mieter*innen und Eigentümer*innen von selbst genutztem Wohnraum sollen an der Energiewende teilhaben können. Photovoltaik-Kleinstanlagen (Plug-in Solarmodule) können einen Teil des Stromverbrauchs in Privathaushalten decken. Wir wollen gemeinsam mit der für den Netzbetrieb zuständigen Tochtergesellschaft der Mainzer Stadtwerke erreichen, dass solche Anlagen ohne unnötige bürokratische Hürden betrieben werden können.

Auf dem Gebiet der Stadt wollen wir die Errichtung von solaren Freiflächenanlagen, insbesondere von Kleinanlagen bis 750 kWp, ermöglichen. Dazu möchten wir vor allem prioritär förderfähige Flächen gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), also Flächen mit einer doppelten Vorbelastung wie Schienenwege und Autobahnen verwenden. Die Flächen für regenerative Energieerzeugung in der Stadt Mainz sind knapp. Parkplatzflächen wie städtische Park & Ride Parkplätze oder Parkplätze von Sporthallen und Schwimmbädern bieten die Möglichkeit einer regenerativen energetischen Nutzung. Wir wollen große Parkplätze in Solarparkplätze umwandeln. Dabei werden sie mit einer Photovoltaikanlage überdacht, die regenerativen Strom erzeugt und Schatten spendet.

27. Siehe 26.

29. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hat eine große Bandbreite von Meinungen und Schwerpunkten. In einem kontinuierlichen Austausch werden gemeinsam Schwerpunkte gesetzt und Visionen vor eine offene, vielfältige, partizipative und ökologische Gesellschaft entwickelt.